

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 30/39  
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

## Inhalt

Heinz Westphal MdB sieht im Steuerpaket einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Wirtschaftswachstums  
Seite 1/2

Dr. Dieter Sperling MdB sucht nach den geistigen Vätern des entwicklungs-politischen Sprechers der CDU  
Seite 3

Friedel Schirmer MdB, Sportexperte der SPD-Bundestagsfraktion, verlangt gleichberechtigte Förderung der Sportjugend  
Seite 4

Dr. Ulrich Steger MdB weist dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht Widersprüchlichkeiten in der Frage der Atom-müll-Entsorgung nach  
Seite 5

Franz Müntefering, MdB und Präsidiumsmitglied im Deutschen Städte- und Gemeindebund, fordert die Stärkung der gemeindlichen Selbstverwaltung  
Seite 6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Köfner Straße 108-112,  
5300 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

32. Jahrgang / 207

27. Oktober 1977

Ja zum Steuerpaket

Ein wichtiger Beitrag zur Förderung des Wirtschaftswachstums

Von Heinz Westphal MdB  
Vorsitzender des Arbeitskreises "Öffentliche Finanzwirtschaft" der SPD-Bundestagsfraktion

Der Bundestag stimmt am Donnerstag erneut über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Steuerentlastung und zur Investitionsförderung ab, nachdem das Ergebnis des vom Bundesrat angerufenen Vermittlungsausschusses vorliegt. Die Fraktion der SPD wird dem gefundenen Kompromiß zustimmen. Nach der inzwischen gesicherten Zustimmung des Bundesrates am 4. November 1977 kann das Steuerpaket Gesetzeskraft erlangen und den Steuerzahlern schnell und rechtzeitig die vorgesehenen Steuerentlastungen, insbesondere schon beim Weihnachtsgeld 1977, bringen.

Der Fiskus verzichtet mit diesem Gesetz 1978 auf 10,5 Milliarden DM Steuereinnahmen. Die staatliche Finanzpolitik leistet damit - nach dem Steueränderungsgesetz vom 15. Juli 1977 und nach dem 7b-Gesetz für Altbauten, nach dem 16 Milliarden-DM-Programm für Zukunftsinvestitionen und der expansiven Haushaltsgestaltung - einen weiteren, wichtigen Beitrag zur Förderung des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung.

Die 1977er Steuergesetze zusammen führen 1978 im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer sowie unter Berücksichtigung der Erhöhung des Kindergeldes einerseits und der Mehrwertsteuererhöhung andererseits zu einem Transfer an die privaten Haushalte von mehr als 10 Milliarden DM. Abschreibungs-erleichterungen, Gewerbesteuerentlastungen und Senkung der Vermögensteuer machen weiter über drei Milliarden DM aus. Mit diesen Maßnahmen soll vor allem die private Konsumnachfrage angeregt werden. Mit den nun noch mehr verbesserten Rahmenbedingungen für die privaten Investitionen sind zusätzlich Anstoßwirkungen zu erwarten, das heute zu geringe Wirt-

schaftswachstum durch einen weiteren Beitrag aus öffentlichen Kassen nach oben zu bringen.

Der Bund und die öffentliche Hand insgesamt müssen deshalb bereit sein, den Preis höherer Staatsverschuldung zu zahlen. Das bedeutet für den Bund, die eingeleitete Konsolidierungsphase des Bundeshaushalts zu verlängern.

Für die SPD-Bundestagsfraktion sind folgende Gründe maßgebend, um dem im Vermittlungsausschuß erzielten Kompromiß zustimmen zu können:

- 1/ Der Weihnachtsfreibetrag für Arbeitnehmer wird von 100 auf 400 DM bereits für 1977 erhöht. Die von der Opposition und der Bundesratsmehrheit angestrebte Abtrennung dieses Teils des Steuerpakets wurde verhindert.
- 2/ Der von der SPD befürwortete Grundfreibetrag bleibt "deutlich" erhalten mit einem Betrag von 300/600 DM (Ledige/Verheiratete). Dieser Grundfreibetrag, der das Existenzminimum jedes Bürgers steuerfrei halten soll, betrug bisher 3.000 DM bei Ledigen und 6.000 DM bei Verheirateten. Es ist wichtig, daß dieser Grundfreibetrag jetzt angehoben wird. Im Hinblick auf eine spätere Veränderung der Tarifstruktur ist die Erhöhung des Grundfreibetrages zudem eine wichtige und hilfreiche Maßnahme. Aufgrund der Konstruktion des Grundfreibetrages bewirkt er eine für alle Steuerpflichtigen gleiche Entlastung; die Erhöhung bringt 66 DM bei Ledigen und 132 DM bei Verheirateten. Die Entlastungswirkung ist also unabhängig von der Tarifprogression. Umgekehrt kann man sagen, daß die Anhebung des Grundfreibetrages für die unteren und mittleren Einkommen im Bereich der Proportionalzone des Steuertarifs - bezogen auf die Gesamtsteuerschuld - relativ am stärksten wirkt.
- 3/ Die Aufstockung des Steuerpakets um 3,6 Milliarden DM im Vermittlungsverfahren ist konjunkturpolitisch vernünftig. Sie ist eine positive Antwort auf unsere internationalen Verpflichtungen zur Stützung der Weltwirtschaftsentwicklung. Sie tritt den Unkenrufen des jüngsten Gemeinschaftsgutachtens der wirtschaftswissenschaftlichen Institute entgegen.
- 4/ Der neue Tariffreibetrag (510/1.020 DM für Ledige/Verheiratete) ab 1978 wirkt für Einkommen in der Proportionalzone des Einkommensteuertarifs ebenso wie der Grundfreibetrag. Für die Einkommensgruppen oberhalb dieser Zone, also ab 16.000/32.000 DM, wird die steuerliche Entlastung entsprechend der Steuerprogression verstärkt. Ärgerlich daran ist also nicht, daß die kleinen und mittleren Einkommen leistungsgerecht entlastet werden, sondern daß dabei hohe Einkommen ungerechtfertigt hohe Entlastungen erfahren.
- 5/ Mit der Vermeidung einer Befristung der Entlastungsmaßnahmen, auf die sich die CDU/CSU kapriziert hatte, ist zugleich ein Zugzwang für eine Tarifneuregelung ab 1979 abgewendet worden, die weder Bund, noch Länder und Gemeinden zu diesem Zeitpunkt finanzieren könnten. Mit der Gesamtheit der Maßnahmen aus erhöhtem Weihnachtsfreibetrag, erhöhtem Grundfreibetrag und Tariffreibetrag (auch neben der Erhöhung der Sonderausgabenhöchstbeträge gemäß Steuerentlastungsgesetz vom Juli 1977) wird nicht nur ein akutell notwendiger konjunkturpolitischer Effekt erzielt, sondern zugleich die Steuerbelastung gerechter ausgestaltet. Denn es wird auch für Arbeitnehmer Einkommen der Tarifsprung von der Proportional- in die Progressionswirkung gemildert.

Die Bundestagsfraktion der SPD hat deshalb Grund, dem Steuerentlastungspaket in der vorliegenden Fassung die Zustimmung zu geben, zumal seine Vorteile für Arbeitnehmer offensichtlich sind.

(-/27.10.1977/ks/hgs)

CDU behindert Demokratisierung der Dritten Welt  
-----

Die alldeutschen Väter des entwicklungspolitischen CDU-Sprechers

Von Dr. Dietrich Sperling

Mitglied des Vorstands der SPD-Bundestagsfraktion

Der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Jürgen Gerhard Todenhöfer, hat sich im Juni dieses Jahres im Plenum des Deutschen Bundestages gegen die Anwendung des für jede Demokratie elementaren Prinzips des "one man-one vote" in Südafrika ausgesprochen. Die südafrikanische Regierung wird ihm dankbar dafür gewesen sein.

Die Begründung von Todenhöfer: Die undifferenzierte Realisierung des reinen Prinzips der Mehrheitsherrschaft könne die Probleme des Landes nicht lösen.

Da es Todenhöfer ist, der die Nichteignung des demokratischen Prinzips zum Lösen der Probleme des Landes feststellt, ist diese Begründung bei Bedarf und Belieben auch auf andere Länder anwendbar. Frage: Wann ist wer dran?

Jürgen Gerhard Todenhöfer hätte seine Argumente auch unter Zuhilfenahme alter alldeutscher Konservativer aufbessern können. Deutsche Konservative haben bekanntlich schon immer ein sehr skeptisches und distanzierendes Verhältnis zu jeder Form von Demokratisierung gehabt. Sie waren es nicht, die sich im Kampf um die Demokratie Ruhm erworben haben.

So ist die konservative Argumentation gegen das Prinzip "one man - one vote" schon alt - geliefert von einem Ideologen des reaktionären Alldeutschen Verbandes, einem Verband, aus dem der VDA, der Verein der Auslandsdeutschen, hervorging. Dieser VDA war eine lange Zeit von rechtsradikalen Kräften beherrschte organisatorische Leiche, die zurzeit unter aktiver Beteiligung verschiedener CDU-Abgeordneter ihre Aktivitäten wieder verstärkt.

Der geistige Ahne der Alldeutschen, Professor Unold, schrieb 1902 in seinem Buch "Die höchsten Kulturaufgaben des modernen Staates": "Trotzdem könnten eigenes Nachdenken und die bisherige Erfahrung jeden gebildeten Deutschen über die unvermeidlichen Folgen des allgemeinen, gleichen Wahlrechts, wobei die Stimmen nur gezählt werden, aufklären. Welche Art von Individuen sind in jeder Volksgemeinschaft am zahlreichsten vorhanden? Wer bildet überall die Mehrzahl? Um es kurz zu sagen: Die Jüngsten, die Dümmersten und die Ärmsten."

"So gerecht und notwendig es ist, daß im modernen Staate nach dem Grundsatz: 'Jeder Bürger ein Wähler!' auch diese zahlreichsten Gruppen der Bevölkerung durch Stimmabgabe am öffentlichen Leben sich beteiligen, so ungerecht und unvernünftig, d.h. unzweckmäßig wäre es, diesen Elementen die Leitung der nationalen staatlichen Angelegenheiten auszuliefern den politischen Schwerpunkt in diese breitesten Massen zu verlegen und den gebildeten und besitzenden Mittelstand immer mehr eines berechtigten politischen Einflusses zu berauben."

Vielleicht kann Jürgen Gerhard Todenhöfer seine Thesen mit den Argumenten der Alldeutschen noch aufbessern.

(-/27.10.1977/bgy/lo)

## Gleichberechtigte Förderung der Sportjugend

Einigkeit zwischen Deutschem Sportbund, Sportjugend und SPD

Von Friedel Schirmer MdB

Obmann für Sportpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Zur Förderung der Deutschen Sportjugend haben sozialdemokratische Mitglieder im Sportausschuß und im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit die in beiden Ausschüssen einstimmig verabschiedeten Anträge eingebracht. Die Sachbezogenheit der Mitglieder in beiden Ausschüssen ließ ein solches einvernehmliches Ergebnis erreichen. Einige danach von CDU-Politikern in die Öffentlichkeit gegebene polemische Informationen können nichts daran ändern: Die Jugendarbeit im Bereich des Sports hat eigenes gesellschaftspolitisches Gewicht, trägt zur Persönlichkeitsbildung bei und ist geeignet, solidarisches, humanes und staatsbürgerliches Engagement breiter Schichten der Jugend zu wecken. Deshalb ist diese Arbeit, die besonders von der Deutschen Sportjugend geleistet wird, auch künftig zu fördern.

Nun ist es Aufgabe der Bundesregierung, in ihrer Zuständigkeit der Aufforderung des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit zu entsprechen, für die Jugendarbeit im Bereich des Sports solche allgemein anzuwendenden Kriterien bei Erhaltung einer gewissen Flexibilität zu entwickeln, die eine gleichberechtigte Förderung mit anderen Feldern der Jugendarbeit sichern. Dabei soll diese Förderung jedoch nicht zu einer Verringerung der Förderung anderer Jugendarbeit führen.

Ein im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages von der CDU/CSU ohne Vorlage der geforderten Kriterien eingebrachter Antrag, die Mittel für die internationale Jugendarbeit der Sportjugend zu erhöhen, mußte sachbezogen abgelehnt werden.

In der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit am 26. Oktober 1977 wurde erneutes Einvernehmen aller Ausschußmitglieder dazu festgestellt, daß es jetzt Aufgabe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit ist, entsprechend der Aufforderung durch den Ausschuß die allgemein für die Förderung der Jugendverbände anzuwendenden Kriterien gemeinsam mit den Beteiligten zu erarbeiten. Darin ist die Deutsche Sportjugend eingeschlossen. Aufgabe des federführenden Fachausschusses wird es danach sein, bei der abschließenden Beratung des Haushaltes für den Bundesjugendplan diese Kriterien zu würdigen und auch eine eventuelle Erhöhung des Haushaltsmittel zu beantragen.

In der am 25. Oktober 1977 in Bonn geführten vertrauensvollen Aussprache zwischen einer Delegation der SPD-Bundestagsfraktion unter der Leitung des Vorsitzenden Herbert Wehner und dem Geschäftsführenden Präsidium des Deutschen Sportbundes unter Präsident Willi Weyer bei Beteiligung der Vorsitzenden der Deutschen Sportjugend, Frau Erika Dienstl, wurde u.a. volle Übereinstimmung mit dieser Lösung erzielt.

(-/27.10.1977/ks/hgs)

+ + +

Was will Albrecht wirklich?  
-----

Plädoyer des Niedersachsen-MP für den Energieleit Antrag der SPD

Von Dr. Ulrich Steger MdB

In der gestrigen Energie-Debatte des Bundestages hat der niedersächsische CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht schwerwiegende Bedenken gegen die geplante Entsorgungsanlage bei Gorleben vorgetragen. Wenn sie zutreffend wären - ich habe da allerdings meine Zweifel -, könnte wohl niemand den baldigen Bau dieser Anlage gutheißen. Und der energiepolitische Leit Antrag des SPD-Parteivorstandes, der u.a. die (Teilerichtungs-) Genehmigung von neuen Kernkraftwerken vorläufig an die erste Teilerichtungs-genehmigung des Entsorgungszentrums knüpft, wäre noch viel zu milde formuliert, wenn die Albrecht'schen Vorbehalte zuträfen.

Wenn man, so Albrecht, "Radioaktivität für einige tausend Jahre in den Boden einbringt", müße jede Gefahr für den Bürger ausgeschlossen sein. Insbesondere die Rückhaltung von Tritium, Krypton und Jod wie das Verhalten der radioaktiven Glasmassen im Salzstock hält Albrecht für noch nicht vollbefriedigend geklärt. Damit hat er vielleicht nicht ganz unrecht, aber durch Verzögerungen im Genehmigungsverfahren werden diese Fragen ja auch nicht gelöst.

Jedoch sind diese technischen Bedenken nur vordergründig. Denn Albrecht hofft auf "ein besseres Entsorgungskonzept" (vielleicht Nutzung der Nachwärme der Brennstäbe zum Schmelzen der Eisdecke über Grönland?) Und dafür will er zwischenlagern - nicht zehn, nein "zwanzig, dreißig oder vierzig Jahre". Die neue Dreisatzaufgabe des Entsorgungseinmaleins lautet also: Wieviel Zwischenlager müssen bis zum Jahre 2017 gebaut werden, wenn die Kohl'sche Atomeuphorie freien Lauf erhielte und wie wären diese auf SPD- und CDU-geführte Bundesländer zu verteilen?

Von Albrecht - und vielleicht auch dessen guter Rhetorik - herausgefordert, reagierte Kohl hektisch. Denn nur zu offensichtlich war, daß Albrecht der SPD die Argumente lieferte. Wenn die Entsorgungsfrage tatsächlich noch so ungelöst und problembehaftet ist, daß in Gorleben noch nicht einmal mit den Vorarbeiten zum Eingangslager (das auch als Zwischenlager dienen soll) begonnen werden darf, dann hat nicht nur die niedersächsische Landesregierung, sondern auch die SPD das Recht, ausgiebig zu prüfen. Eine Bremsung beim Ausbau der Kernenergie wäre dann ebenso unvermeidbar, denn niemand kann verantworten, daß ins Ungewisse hinein Kernkraftwerke gebaut werden.

So philosophierte denn "dieser, unser Kohl" (Herbert Wehner) über "die Notwendigkeiten für die Landschaft unserer Zeit". Und irritiert warf er die Frage auf: "Warum führen wir überhaupt solche Debatten?" Mein Tip: Nächstens vorher Überlegen. Bemerkenswert an der Kohl-Rede war nur der Schlußdialog. Kohl: "Wir haben genug...". Wehner: "Ja."

(-/27.10.1977/ks/hgs)

+ + +

### Stärkung der gemeindlichen Selbstverwaltung

---

Politik für die Gemeinde ist Aufgabe aller politischen Ebenen

Von Franz Müntefering MdB

Mitglied im Präsidium des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

In diesen Tagen wird anlässlich der Mitgliederversammlung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes intensiv über die Stärkung der gemeindlichen Selbstverwaltung diskutiert. Diese Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist als wichtiges politisches Ziel in der SPD unbestritten und im Programm und in vielen Beschlüssen bekräftigt worden. Gleichwohl ist diese Mitgliederversammlung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes eine notwendige Gelegenheit uns zu fragen, was wir als Partei und insbesondere in der Bundestagsfraktion wirklich und praktisch für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung tun.

Daß diesbezüglich alles schon zufriedenstellend sei, wird man nicht sagen können. Und das - oft berechtigte - Reden von der Zuständigkeit der Länder für diesen Problembereich wird manchmal eben doch zum Sichherausreden.

"Mehr und nicht zweckgebundene Mittel" und "keine Gängelung durch zu viele, zu komplizierte und kommunalfinanzierte Gesetze" heißen zwei wesentliche Erwartungen der Gemeinden an uns.

"Expansive Haushaltspolitik im Bereich der Investitions- (Vermögens-) Haushalte mit dem Ziel der Konjunkturbelebung" und "angemessen verstärktes Engagement der Gemeinden im Bereich Ausbildungsplätze, Arbeitsplätze, Teilzeitarbeitsplätze" sind die aktuellsten Wünsche der Bundespolitik an die Kommunen. Die Zielkonflikte sind deutlich erkennbar.

Seit Helmut Schmidt Bundeskanzler ist, werden die kommunalen Spitzenverbände intensiver als je zuvor zu allen relevanten Gesetzesvorhaben gehört. Vor vier Wochen, Ende September, gab es ein ausführliches Gespräch zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Bundeskanzler. Das alles hilft.

Das zeigt auch, wie kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden kann. Nicht durch fürstentümliche oder kirchentum-orientierte Autonomie von Städten und Gemeinden, sondern durch intensives Zusammenwirken der Fachpolitiker und politischen Ebenen, horizontal und vertikal. Und genau da scheinen Verbesserungen möglich.

Wenn zum Beispiel kommunal-aufsichtliche Behörden Gemeinden zu prozyklischer Investitionspolitik geradezu zwingen, oder wenn Gemeinden und Straßenbauämter mangels verbindlicher Lärmschutzwerte im Straßenbau stark gehemmt sind, oder wenn das Bemühen von Gemeinden und Regionen um Verbesserung ihrer bisher unterdurchschnittlichen Wirtschaftsstruktur durch andere - flächendeckende - Förderung konterkariert wird, dann sind das drei von zehn oder mehr Problemen, die dringend auf Lösungen warten.

In drei Arbeitsgruppen beschäftigt sich die Mitgliederversammlung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, des Verbandes aller Vereinigungen kreisangehöriger Städte und Gemeinden, mit den Problemen

- Finanzen
- Gemeindepolitik für arbeitslose Jugendliche
- Raumordnung, Struktur- und Verkehrspolitik.

Es wird gut sein, diese Diskussion und ihre Ergebnisse genau zu registrieren.

(-/27.10.1977/ks/